

Bulletin

April 2008

Einladung zur Generalversammlung vom Mittwoch, 14. Mai 2008

Zeit: 19.00 Uhr

Ort: Siehbachsaal, Vereinshaus altes Bürgerasyl, Chamerstr. 33, Zug

Traktanden:

1. Begrüssung
2. Wahl der Stimmenzähler/Innen
3. Jahresberichte: - CSP
- Kantonsrat
- Gemeinderat
- Stadtrat
4. Finanzen: - Jahresrechnung 2007
- Revisorenbericht
- Festsetzung des Mitgliederbeitrages
5. Anträge
6. Verschiedenes

Anschliessend haben wir bei einem Glas Wein und einem Imbiss wieder Zeit für politische Diskussionen.

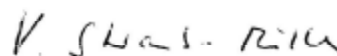
Zum aktuellen Thema der Klimapolitik zeigen wir darauf Ausschnitte aus dem Film „Crash Oil“ oder „Die andere, unbequeme Wahrheit“.

Bei diesem Dokumentarfilm geht es um die Verknappung des Erdöls, eine geologische Realität. Wie viel Öl gibt es wirklich noch? Werden in Zukunft Kriege um die letzten Ölreserven geführt werden? Gibt es Alternativen in der Energiegewinnung? Der Film sucht nach Antworten.

Im Namen des Vorstandes grüssen wir Sie freundlich
Die Co-Präsidentinnen der CSP Zug



Monika Mathers-Schregenberger



Vroni Straub-Müller

Steuergesetz- revision 2008



Nach 2002 und 2006 wird im Kantonsrat bereits in diesem Frühling wieder eine Steuergesetzrevision beraten und für 2011 ist schon die nächste geplant. Zug reht Steuersenkungen an Steuersenkungen. Hauptprofiteure auch beim aktuellen Paket sind wiederum privilegierte Firmen und reiche Privatpersonen, also wohl nicht die Mehrheit der Zuger Bevölkerung.

Bei der jetzigen Revision erhalten Vermögende, Aktionäre und grosse Firmen Steuergeschenke von 49.4 Millionen Franken. Niedrige Einkommen profitieren gar nicht, Familien und der Mittelstand werden mit Brosamen von 9.5 Millionen abgespiesen. Wahrlich keine ausgewogene Vorlage, so meine Meinung.

Neu zahlen alle Personen mit einem Vermögen von über 600 000 Franken nicht mehr 2,5 sondern nur noch 2 Promille Vermögenssteuern. Zug ist aber heute schon für Millionäre der drittgünstigste Kanton in der Schweiz, und im Budget 2008 rechnet der Kanton gar mit einem Einnahmewachstum bei den Vermögenssteuern um mehr als 10,9 %. Also ist doch dieses Steuergeschenk unnötig und ungerechtfertigt.

Dem Kanton und besonders auch den Gemeinden drohen mit diesen Steuersenkungen massive

Einkommensverluste. Dass sie diese Verluste mit Gebührenerhöhungen und Sparmassnahmen bei Bildung und Sozialem wettzumachen versuchen, liegt doch auf der Hand.

Mit der Erhöhung der Kinderabzüge, der Heraufsetzung des Freibetrags bei der Vermögenssteuer sowie mit der



Erhöhung der Reineinkommensgrenze beim Mietzinsabzug werden Familien und der Mittelstand zwar etwas entlastet. Doch werden diese Einsparungen mit den zu erwartenden höheren Lebenskosten wieder mehr als kompensiert.

Zusammen mit meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen im Kantonsrat bin ich der Meinung, dass über eine solche einschneidende Steuergesetzrevision die Bevölkerung entscheiden muss. Wenn diese verschärfte und einseitige Revision



auch bei der 2. Lesung Ende Mai im Kantonsrat keine Milderung erfährt, werden die Alternativen des Kantons Zug ein Referendum anstreben.

Liebe Freunde der CSP, sehr gerne diskutiere ich mit Ihnen über dieses Steuergesetz, stehe bei Fragen gerne zur Verfügung und hoffe, dass Sie ein allfälliges Referendum mit mir zusammen tragen werden.

Vroni Straub-Müller, Oberwil

Kantons- und Gemeinderätin CSP

Parteitag der CSP Schweiz in Zug

Am Samstag, 17. Mai findet in der Stadt- und Kantonsbibliothek der Parteitag der CSP Schweiz statt.

Er steht unter dem Thema Politik und Ethik.

Dr. theol. Markus Arnold
Ethik-Dozent am
Religionspädagogischen Institut
der Universität Luzern und
Kantonalpräsident der CVP Zürich
wird das Grundsatzreferat halten,
das zu hoffentlich spannenden
Diskussionen führen wird.

Sie sind herzlich eingeladen.
Einzelheiten lesen sie in der
beigelegten
Informationsdrehscheibe.

Ein (fast) historischer Kompromiss



Sie erinnern sich. Das Projekt für ein Parkhaus „Unterer Postplatz“ konnte keinen so richtig begeistern: Der untere Postplatz wäre mit dem Gebäudedeckel ziemlich verunstaltet worden, und mit der unseligen Einfahrt über die Vorstadt und vor dem Regierungsgebäude hätten wir uns jede Chance verbaut, je einmal die Vorstadt verkehrsfrei oder gar verkehrsfrei zu erhalten. 2005 wurde dann das Projekt still begraben.

Doch aus dem Aschenhaufen ist ein Phönix auferstanden!

Die Post hat sich mit ihrem nördlichen Anrainer zusammengetan. Auf dem Gelände der alten Druckerei Speck und den Nebengebäuden der Post soll ein neues, von Leben pulsierendes Häusergeviert entstehen. Dieses ist etwa so gross wie die Fläche zwischen Kolinplatz, Fischmarkt und Landsgemeindeplatz. Unter den neuen Bauten ist eine Parkgarage mit 200 Plätzen geplant, in die sich die Stadt einkaufen kann. Der Kanton gibt sein OK zum Projekt aber nur, wenn der obere Postplatz umgestaltet und parkplatzfrei gemacht wird.

So weit so gut.

Als das Projekt im GGR vorgestellt wurde, gingen die Meinungen der verschiedenen Parteien auseinander. Währenddem viele bürgerliche Politiker am liebsten einen oberirdischen Parkplatz vor jedes Geschäft gemalt hätten, wollten die Vertreter von SP,

Alternative und CSP das Stadtzentrum verkehrsfrei und möglichst ohne oberirdische Parkplätze gestalten. Doch statt wieder eine Planungsleihe zu produzieren, erarbeitete der Grosse Gemeinderat am 3. Juli einen Kompromiss. Wir „Linken“ sagen Ja zu hundert unterirdischen Parkplätzen, sofern dafür 60 oberirdische in Postplatznähe aufgehoben werden und der untere Postplatz ganz frei wird.

Wir sind also bereit, unter dem Strich 40 öffentliche Parkplätze mehr in der Innenstadt zu tolerieren, wenn dadurch der untere Postplatz zurück an die Bevölkerung geht und vom Parkplatz zum Begegnungsplatz mutiert. FDP und

CVP akzeptieren dafür 100 statt 150 öffentliche Parkplätze im neuen Parkhaus. Mit der Aufhebung von 60 oberirdischen Parkplätzen wird der Suchverkehr markant abnehmen. Die Option für eine verkehrsfreie Vorstadt nach dem Bau des Stadttunnels bleibt intakt. Eine win-win Situation war entstanden.

Doch die SVP ergriff das Referendum gegen diesen Kompromiss. Ohne die oberirdischen Parkplätze auf dem untern Postplatz könne das Gewerbe in der Altstadt nicht überleben. Klein ist das Vertrauen dieser Neinsager in die Dynamik der Altstadtgeschäfte und kurz ihr Gedächtnis. Denn beim

kürzlich begrabenen Projekt Parkhaus unterer Postplatz wären alle Parkplätze auf dem untern Postplatz bereits während der Bauzeit aufgehoben worden, ohne Kompensation in einem andern Parkhaus notabene. Diesem Projekt hatten sie aber damals zugestimmt. Auch konnte der grösste Teil der Gewerbe in der Altstadt davon überzeugt werden, dass es ihnen besser geht, wenn der Postplatz belebt



wird, auch wenn die Kunden drei Schritte weiter zu ihrem fahrbaren Untersatz haben.

Am 1. Juni stimmen wir über den Bebauungsplan Post ab. Alle Parteien ausser den Querulanten arbeiten im Pro Komitee mit. Wir sind überzeugt, eine gute Lösung gefunden zu haben. Zug erhält die Chance, ein heute totes, mit Blech verstelltes Gebiet zu einem lebendigen Begegnungsraum zu schaffen. Darum hoffen wir auf ein wuchtiges

JA.

Monika Mathers-Schregenberger



Gemeinderätin
CSP Oberwil

Zuger Landwirtschaft im Wandel der Zeit



Die Schweizer Landwirtschaft hat in den letzten Jahren riesige Veränderungen durchgemacht, welche nicht alle Bauernbetriebe überlebt haben, und es stehen noch schwierige Zeiten bevor.

Die Produktpreise haben jahrelang stagniert oder sind kontinuierlich zurückgegangen. Die Milch wird z.B. zum gleichen Preis gehandelt wie in den 70er Jahren. Hingegen die Produktionskosten, wie Maschinen, Futterkosten, Löhne und Investitionen auf dem Betrieb, waren mit der Teuerung stetig gestiegen. Der im Januar um 7 Rappen gestiegene Milchpreis war der Anfang eines lang anstehenden Teuerungsausgleiches. Die Bundesbeiträge können heute das schwindende Einkommen in der Landwirtschaft nicht mehr kompensieren.

Wenn das Freihandelsabkommen mit der EU, mit dem der Bundesrat die Nahrungsmittelpreise um 40% senken will, zustande kommt, wird das Bauernsterben noch beschleunigt.

Viele kleinere Betriebe wurden in den letzten Jahren schon aufgegeben oder zahlreiche Betriebsleiter sahen sich gezwungen, in den Nebenerwerb zu gehen, damit sie ihren Betrieb halten können. Mittelgrosse, so genannte Familienbetriebe, sind gefährdet, weil sie vergrößert werden müssen und so die anfallenden Arbeiten mit nur familieneigenen Arbeitskräften nicht mehr bewältigt werden können. Tierfabrikähnliche Strukturen dürfen auch nicht das Ziel unserer Politik sein!

Nah den Siedlungsgebieten ist der Bauernstand noch mit einer weiteren Herausforderung konfrontiert. Die landwirtschaftliche Nutzfläche nimmt stetig ab. Davon ist die Stadtgemeinde Zug überdurchschnittlich stark betroffen. Der Grund ist schnell gefunden: bei diesen tiefen Steuern und der wirtschaftlich zentralen Lage wird enorm gebaut. Die derzeitige Situation des Wirtschaftsbooms beschleunigt das ganze noch. Der ganze Wohnungsbau erfordert auch gewisse Infrastruktur, wie Erschliessungsstrassen u.s.w. mit sich. Die Nordzufahrt sowie die geplante Tangente Zug/Baar sind zwei grosse Projekte, welche viel Land benötigen



aber die Verkehrssituation sicher nicht entlasten.

In der Schweiz wird in jeder Minute ein m² wertvoller Boden verbaut, somit verschwindet immer mehr von der unersetzlichen Grundlage für die Nahrungsmittelproduktion. Der zubetonierte Boden kann kein Wasser mehr aufnehmen und die fehlenden Pflanzen setzen kein CO₂ mehr um.

Zugs Wohnattraktivität kann nicht alleine der Wirtschaft zugeschrieben

werden, die Naherholungsgebiete am Stadtrand sind dank ihrer Einmaligkeit und schönen Lage am See, mit Blick in die Berge, sehr beliebt. Zu einem guten Lebensstandart gehört auch ein Stück Natur in der Nähe der Wohngebiete.

Trotz der erschwerten Situation, blicke ich zuversichtlich in die Zukunft. Ich sehe auch im Raum Zug Chancen für eine nachhaltige und naturnahe Landwirtschaft. Dafür werde ich mich einsetzen.

Franz Iten, Gemeinderat Oberwil

Dieses Stück Land unter dem Franziskusheim soll mit der Ortsplanungsrevision eingezont werden. Das gilt es abzuwehren!

Schutz des Hasenbüels

Über der Gimenen thront das 1825 erbaute Hasenbüelhaus. Nur eine Volksinitiative kann verhindern, dass wenigstens das alte Wohnhaus mit Wirtschaftsgebäude nicht einer modernen Überbauung weichen muss. Bitte sammeln Sie Unterschriften, damit dem Bellevue/Gimenenquartier wenigstens noch ein Wahrzeichen bleibt.

Dem Bulletin ist ein Unterschriftsbogen beigelegt. Senden sie ihn auch ein, wenn nicht alle Zeilen gefüllt sind: mm



Impressum

Redaktion und Gestaltung:
Monika Mathers-Schregenberger
Druck: ConSol Office, Ibelweg 18c 6300 Zug